

Sessionsforum Thema Sicherheitspolitik

Ankommen in Bundesbern

Nach der Vereidigung heisst es: Zuhören, Berichte und Vorlagen lesen, diskutieren, Abläufe und Strukturen studieren, Menschen kennenlernen und einarbeiten.

Von Linda De Ventura*

Vergangenen Montag war es so weit: Ich wurde im Nationalrat vereidigt. Fast 40 Freundinnen und Freunde, Familienmitglieder und politische Weggefährten haben mich auf meiner Reise nach Bern begleitet. Dank ihnen kam bei mir kaum Nervosität auf. Etwas nervös wurden dafür einige Mitarbeiter des Bundeshauses, als die Schaffhauser Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne nach meiner Vereidigung kurz, aber gut hörbar jubelten. Das ist man sich im Bundeshaus nicht gewohnt. Einen schöneren Start hätte ich mir nicht vorstellen können. Es hat mich daran erinnert, wie viele Menschen mit mir im Nationalratswahlkampf gekämpft haben und wie viel Unterstützung ich auf meinem politischen Weg erhalten habe. Es hat mir gezeigt, dass ich auch in Zukunft nicht allein Nationalrätin sein werde, sondern mit einem unglaublich starken Team, das mich unterstützt. Es ist mir ein grosses Anliegen, auch in Zukunft möglichst viele Menschen in die Politik einzubeziehen.

Nun bin ich dabei, mich in diesem unglaublich schönen und ehrwürdigen Bundeshaus zurechtzufinden. Ich verlaufe mich schon deutlich seltener, finde die Sitzungszimmer schneller (obwohl die Nummerierung der Sitzungszimmer wirklich keinen Sinn macht), versuche, mir die Namen und Funktionen der Menschen zu merken und die Abläufe zu verstehen. Meine Erfahrungen aus dem Kantonsrat helfen mir zwar, aber trotzdem läuft hier vieles anders. Es ist genau festgelegt, wie viele Rednerinnen und Redner zu einem Geschäft sprechen dürfen, gewisse Begriffe sind anders, und die Redezeit ist begrenzt. Das macht die Ratsdebatte schnell und effizient, gleichzeitig fühlte ich mich bei der Budgetdebatte ohnmächtig, weil ich mich nicht wie gewohnt zu Wort melden konnte, um mich gegen die massiven Kürzungen zu wehren. So hat der Nationalrat in der Budgetdebatte unter anderem 170 Millionen bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und 70 Millionen beim Personal gekürzt. Diese Kürzungen sind



Linda De Ventura wurde zum Auftakt der Wintersession im Nationalrat vereidigt.

BILD PARLAMENTSDIENSTE / TIM LOOSLI

einschneidend und gefährlich: In der weiteren Budgetdebatte braucht es dringend eine Korrektur.

Gekürzt wird, weil das bürgerliche Parlament eine halbe Milliarde mehr für die Armee budgetieren will. Dies, obwohl der Bundesrat erst vor wenigen Wochen eine Rüstungsstrategie bei der Armee in Auftrag gegeben hat, und im Wissen, dass der Ständerat erst im September ein Zielbild der Armee verlangt hat. Hinzu kommt, dass Armasuisse gar nicht so schnell beschaffen kann. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) werden mich diese Themen künftig stark beschäftigen. Wir sind zuständig für die Armee, Cybersicherheit, innere Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, den Zivildienst und Friedenspolitik. Ich freue mich sehr auf die Arbeit in dieser Kommission, gerade weil die Themen sehr brisant und aktuell sind. Die Welt hat sich verändert, und das hat

«Die Schweiz muss Verteidigung europäisch denken und organisieren und auf Basis einer gemeinsamen Strategie beschaffen.»

auch Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik und die Rolle der Schweiz. Es ist entscheidend, was in diesem Bereich in den nächsten Jahren beschlossen wird, und ich freue mich, dazu beizutragen, dass wir sicherheitspolitisch gut aufgestellt sind. Eine halbe Milliarde ins Budget zu stellen, ohne eine Rüstungsstrategie zu haben und ohne Zusage, dass die Beschaffungen überhaupt getätigt werden können, ist für mich jedoch nicht zielführend. Die Schweiz muss Verteidigung europäisch denken und organisieren und auf Basis einer gemeinsamen Strategie beschaffen. Ich werde mich entsprechend einsetzen und empfinde es als sehr grosses Privileg, hier im Bundeshaus politisieren zu dürfen. Ich freue mich auf diese neue Verantwortung und die Arbeit, die auf mich zukommt.

*Linda De Ventura ist Nationalrätin (SP) des Kantons Schaffhausen

Pressestimmen

Die Situation in Syrien

Die Presse

«Europäische Regierungen sollten sich bewusst machen, dass die Neuordnung auf zwei Mythen basiert: Erstens wird argumentiert, dass die Eliminierung von Hisbollah und Hamas auf lange Sicht Frieden in Israel schaffen würde. Doch selbst wenn deren Zerstörung gelingen sollte, verheisst die Nachbarschaft zu sunnitischen Islamisten nichts Gutes für eine friedliche Koexistenz zwischen Juden und Muslimen. Zweitens präsentieren sich die Anführer einiger islamistischer Rebellengruppen häufig als «gemässigt.» (Die Presse aus Österreich)



«Die Übergangsregierung mit Mohammed al-Bashir als geschäftsführendem Premierminister hat offiziell die Macht übernommen. (...) Mit der Besetzung dieses Postens mit einem Technokraten will die bisherige Opposition vermitteln, dass sie keine Züge einer terroristischen Vereinigung trägt, sondern ein inklusives, pluralistisches und säkulares System errichten möchte. Entscheidend für die weitere Entwicklung in Syrien wird sein, ob sich in der losen Koalition der Sieger extremistische oder gemässigte Kräfte durchsetzen werden.» (Jiefang Ribao aus China)

Diena

«Zu den Verlierern gehört an erster Stelle der Iran, denn sein mühsam aufgebauter schiitischer Transportkorridor bis zur Hisbollah in den Libanon ist durch den Sturz von Assad unterbrochen, und das schränkt die Möglichkeiten von Teheran ein, über schiitische Verbündete seine islamische Revolution zu exportieren. Zu den Verlierern gehört ebenso Russland, das seine Militärbasen in Syrien braucht, um Einfluss in der Region auszuüben. Dagegen ist Israel zumindest kurzfristig der grösste Profiteur. (...) Längerfristig stellt sich die Frage, wie sich die neue syrische Führung gegenüber Israel verhalten wird.» (Diena aus Riga)

LESERBRIEF

Wo seid ihr, liebe Sponsoren?

Zu den Wahlversprechen der Parteien Politische Parteien sind für mich einerseits Reizthema, andererseits Quelle wiederkehrender Erheiterung. Dieses Jahr gab es in gleich drei Wellen viel Reiz und viel Erheiterung. Ich habe mich deshalb entschlossen, nächstes Jahr eine wissenschaftliche Studie durchzuführen und suche dafür noch Sponsoren, denn weder Stadt noch Kanton sind auf meine Bitte nach Fördergeldern eingegangen. Ich werde wissenschaftlich überprüfen, welche Parteien ihre während des Wahlkampfes so reichlich abgegebenen Versprechen auch einhalten. Bereits habe ich auf einem Papier in Plakatübergrosse eine entsprechende Tabelle angelegt, auf der ich mit Sternchen, Kreuzchen und Häkchen akribisch festhalten werde, welche Parteien tatsächlich ihre Versprechen einhalten und damit auch glaubwürdig sind. Ende Jahr wird der Bevölkerung in einer glamourösen Gala (muss eventuell je nach den vorhandenen Finanzen redimensioniert werden) mit Ranglistenverkündigung «Die Partei Ihres Vertrauens» bekannt gegeben und mit einem Modell des Munots, angefertigt mit Zündhölzchen (ich habe mit der Bastelarbeit bereits begonnen und könnte noch Hilfe

gebrauchen), ausgezeichnet. Am anderen Ende der Skala wird es analog zur «Goldenen Himbeere» für den schlechtesten Film den «Goldenen Bsetzischei» für jene Partei geben, die bezüglich eingehaltener Wahlversprechen am schlechtesten abschneidet (selbstverständlich wird es kein echtes Gold sein – mein Malkasten wird dafür gute Dienste leisten). Also, liebe Parteien, es liegt an euch zu beweisen, ob ihr des «Zündholz-Munots» würdig seid oder die Scham des «Goldenen Bsetzischei» ertragen müsst! (Vielleicht liessen sich darauf auch Wetten abschliessen, und durch die Einnahmen könnte die Studie finanziert werden? Hmm, darüber muss ich noch nachdenken ...)

Jacqueline Dutli
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Kommentar

Der überforderte Bürger ist eine Gefahr für die Demokratie

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Dieses alte Pädagogensprichwort – zumeist ironisch verwendet, wenn etwa jemand unentwegt gegen eine Tür drückt, auf der «Ziehen» steht – hat mehr als nur einen wahren Kern. Wer wissen möchte, wie gut die erwachsene Bevölkerung lesen kann, darf die internationale Studie PIAAC der OECD zur Hand nehmen (siehe Seite 12). Sie ist so etwas wie die Pisa-Studie für Erwachsene. Bei der jüngsten Publikation hat die Schweiz erstmals teilgenommen. Das Resultat: 22,3 Prozent der Bevölkerung, also 1,25 Millionen Menschen, haben Schwierigkeiten beim Lesen. Damit liegt die Schweiz zwar leicht unter dem OECD-Durchschnitt von 26 Prozent, aber weit abgeschlagen hinter Länder wie Japan, Schweden oder Finnland. Das ist bedenklich. Geht es um Wohlstand und Wirtschaft, so spielt die Schweiz global in der Champions League, beim Lesen begnügt man sich derzeit mit der Challenge League. Doch je stärker sich Leseschwächen im Volk verbreiten, umso stärker wackeln die Grundpfeiler, auf deren Fundament die Schweiz ihren Erfolg aufbaut. Dabei geht es nicht nur um die Tatsache, dass eine kompetente und gut ausgebildete Bevölkerung besser zu einer prosperierenden Wirtschaft und Gesellschaft beitragen kann. Vielmehr sind grundlegende Kom-

petenzen – wie lesen und schreiben zu können – auf einer individuellen Ebene bedeutsam. Der PIAAC-Bericht kommt zum Schluss, dass Menschen mit starken Kompetenzen generell zufriedener und



Fabian Babic
Redaktor Kanton

fabian.babic@shn.ch

«Das Resultat der Studie, es muss ein Weckruf sein.»

gesünder sind. Sie vertrauen anderen Menschen mehr, sind eher zu ehrenamtlichen Tätigkeiten bereit und spüren vermehrt ein Gefühl von politischer Wirksamkeit. Gerade letzterer Punkt ist für die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie essenziell: Unser politisches System erfordert von den Stimmberechtigten, Gesetzesvorlagen und Initiativen zu verstehen, um ein Urteil zu fällen. Selbstverständlich ist es auch Aufgabe der politischen Institutionen und Medien, verständliche Erklärungen ohne kompliziertes Behördenkauerwelsch anzubieten, allerdings lassen sich manche Abstimmungen nicht auf drei einfache Sätze runterbrechen. Das hat sich jüngst bei gesundheitspolitischen Abstimmungen deutlich gezeigt.

Das Problem wird nicht von alleine verschwinden: Die Anforderungen an die berufstätige Bevölkerung steigen, die Welt wird komplizierter. Zwar versprechen Hilfsmittel wie künstliche Intelligenz Erleichterungen, doch die Grundkompetenzen können sie keineswegs ersetzen. Das Resultat der Studie, es muss ein Weckruf sein. Einerseits gilt es, bei Erwachsenen, die Sprachkurse benötigen, gezielter Förderstrategien einzusetzen. Andererseits ist die Bildungspolitik gefragt: Was bringt es uns, wenn Primarschüler einwandfrei ein Tablet bedienen können, aber basale Fähigkeiten, die für das gesellschaftliche Miteinander notwendig sind, auf der Strecke bleiben? Der Fokus auf das Beherrschen von Technologien mag zwar zeitgemäss sein, aber das entscheidende Ziel der Bildungsinstitutionen muss es sein, mündige und vernünftige Individuen hervorzubringen. Dafür ist die Sprache zentral. Ludwig Wittgenstein stellte vor rund 100 Jahren fest: «Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.» Wer weniger versteht, ist im Leben von umso engeren Grenzen umgeben. Gerade unsere Gegenwart, deren Gesellschaft sich immer weiter fragmentiert und die von steigenden sozialen Disparitäten geprägt ist, hat es umso dringender nötig, dass keiner durch sprachliche Schranken ausgedeutet wird.